

Antrag

**der Abgeordneten Katharina Fegebank, Anja Hajduk, Antje Möller, Farid Müller,
Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE) und Fraktion**

**Betr.: Menschenrechte und zivilgesellschaftliches Engagement im Rahmen
der Städtepartnerschaft mit St. Petersburg stärken**

Die Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und St. Petersburg wurde 1957 vereinbart und war damit die erste Städtepartnerschaft zwischen Deutschland und der damaligen Sowjetunion. Die lebendige Partnerschaft ist immer wieder von Höhen und Tiefen gekennzeichnet, zeichnet sich aber auch durch ein breites zivilgesellschaftliches Engagement aus. Mehr als 150 Projekte in den verschiedensten Bereichen werden im Rahmen der Städtepartnerschaft durchgeführt und erfahren durch diesen „offiziellen“ Rahmen eine größere Aufmerksamkeit und Wertschätzung.

In den vergangenen Monaten ist die politische Situation in Russland zunehmend schwieriger geworden – das hat auch Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen St. Petersburg und Hamburg. Durch das NGO-Gesetz wird von russischer Seite systematisch versucht, politische Arbeit, die aus dem Ausland finanziell unterstützt wird, zu behindern, einzuschränken oder zu unterbinden. Nicht nur politische Rechte werden stark begrenzt, sondern auch die Menschenrechte insgesamt.

Seit Juli 2013 ist das umstrittene Gesetz gegen „homosexuelle Propaganda“ in Kraft getreten, welches „Propaganda“ von sogenannter nicht traditioneller sexueller Orientierung in der Öffentlichkeit verbietet und damit beispielsweise positive Äußerungen über gleichgeschlechtliche Lebensweisen in Gegenwart von Minderjährigen unter Strafe stellt. Diese restriktive Gesetzgebung zeigt bereits erste gesellschaftliche Auswirkungen. Homosexuelle werden kriminalisiert und aus dem gesellschaftlichen Leben weiter verdrängt. Wir sind besorgt darüber, dass Homosexuelle Opfer von Misshandlungen werden.

Die Stadt St. Petersburg hat bereits im November 2011 damit begonnen, die Gesetzgebung gegen Homosexuelle zu verschärfen. Sowohl die Hamburgische Bürgerschaft als auch der Senat haben sich seitdem im Rahmen der Städtepartnerschaft mit St. Petersburg für die Menschenrechte und gegen die Einschränkungen der Rechte von Homosexuellen eingesetzt.

Trotz der Schwierigkeiten und der tiefen Besorgnis über die aktuellen politischen Entwicklungen in Russland bekennen wir uns zur Städtepartnerschaft mit St. Petersburg. Gerade jetzt wollen wir die Beziehung nutzen, um für Toleranz und Menschenrechte zu werben.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

1. Die Hamburgische Bürgerschaft drückt weiterhin ihre tiefe Besorgnis über die aktuellen politischen Entwicklungen in Russland aus.
2. Die Hamburgische Bürgerschaft verurteilt die restriktive Politik gegenüber Homosexuellen und ersucht ihre Partnerstadt respektvoll darum, diese zu überdenken.

Der Senat wird ersucht,

3. im Rahmen der Städtepartnerschaft weiter einen Besuch der schwul-lesbischen Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler der Organisationen „Side by Side“ und „Coming Out“ in Zusammenarbeit mit der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch zu ermöglichen
4. bei offiziellen Treffen beider Städte die Themen „Situation der Nicht-Regierungsorganisationen“ und „Situation der Lesben und Schwulen“ nach den jeweiligen verabschiedeten Gesetzesvorlagen auf die Tagesordnung zu setzen.
5. sich im Rahmen der Städtepartnerschaft weiter für die Achtung der Menschenrechte, für Toleranz und die Wahrung politischer Rechte einzusetzen.
6. weiterhin die zivilgesellschaftlichen Projekte im Rahmen der Städtepartnerschaft zu unterstützen.